

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt sind wir schon in der Adventszeit, die Häuser sind mit Lichtern geschmückt, es duftet nach selbstgebackenen Keksen und in den Geschäften hört man Weihnachtslieder. Die Vorbereitungen für das Weihnachtsfest laufen auf Hochtouren und auch der Jahreswechsel wird bereits geplant. Es ist auch die Zeit des Nachdenkens und der Rückblicke. Der Kreisverband hat seine Bereisung durchgeführt und Stationen in Hasselberg und in Füsing gemacht. Bei diesen Mitgliederabenden haben wir Anregungen aufgenommen, die wir im nächsten Jahr umsetzen wollen.



Im November hat der Kreisverband eine Klausurtagung abgehalten, um uns besser untereinander abzustimmen und die Anregungen der Ortsvereine zu besprechen.

Leider mussten wir von zwei starken Charakteren unserer Partei Abschied nehmen.

Egon Bahr ist im August in Berlin verstorben. Er hat jahrelang für den Wahlkreis 1 bei den Bundestagswahlen 1972, 1976, 1980, 1983 und 1987 kandidiert und den Wahlkreis 1976 und 1980 direkt gewonnen, ansonsten ist er über die Liste gewählt worden. In dieser Zeit hat er an mehreren Gründungen von Ortsvereinen bei uns im Kreis teilgenommen. Viele Genossinnen und Genossen haben ihn persönlich kennen gelernt. Ich habe die SPD des Kreises Schleswig-Flensburg bei seiner Gedenkfeier in Berlin vertreten. Auf dieser sehr persönlichen Gedenkfeier wurden

viele seiner politischen Stationen noch einmal benannt, vor allem seine Ostpolitik und seine Friedenspolitik sind uns unvergessen. Sehr beeindruckt war ich von der Rede seines Freundes, dem US-Außenminister a.D. Dr. Henry A. Kissinger. Er sagte, ohne die Ost- und Friedenspolitik von Egon wäre die Mauer nicht gefallen. Die Verlässlichkeit und die klaren Worte von Egon Bahr haben die Verständigung zwischen den USA und Deutschland gestärkt, wovon heute noch profitiert wird.

Unser Altkanzler Helmut Schmidt ist im November von uns gegangen. Er hat wie kein anderer die SPD geprägt. Unvergessen ist sein Einsatz als Senator der Polizeibehörde während der Flut 1962 in Hamburg. Ende der 60er Jahre war er SPD-Bundesfraktionsvorsitzender und wurde dann Bundesminister in mehreren Ministerien, bevor er von 1974 bis 1982 Bundeskanzler war. Seine politische Arbeit ist verbunden mit der Ölkrise und der RAF in den 70er Jahren und in den 80er Jahren mit dem NATO-Doppelbeschluss. Diese politischen Situationen damals waren der Keim für die Bildung der Grünen-Partei. Auch nach seinem Ausscheiden aus der Bundespolitik war er ein aktiver Sozialdemokrat, dessen Meinung gefragt und gehört wurde. Ich denke gerne an seine politischen Diskussionen im Fernsehen zu-

Wichtige Termin:

- 16.12.2015 Kreistag
- 11.01.2016 Kreisvorstand
- 02.02.2016 Kreisvorstand
- 14.03.2016 Kreisvorstand
- 23.03.2016 Kreistag
- 12.04.2016 Kreisvorstand
- 23.04.2016 Landesparteitag
- 18.06.2016 Kreisparteitag
- 19.11.2016 Landesparteitag
- 27.-29.01.2017 Landesparteitag

SPD KV-INTERN

rück, bei denen er seine Gesprächspartner sehr oft vorgeführt hat. Die Menschen haben seine Bodenständigkeit geliebt. Man kannte ihn immer mit einer Zigarette, selbst ein Verbot in Studios etc. hielt ihn nicht vom Rauchen ab. Auch ohne ein politisches Amt war er eine herausragende politische Persönlichkeit.

Wir haben mit Egon Bahr und Helmut Schmidt zwei starke politische Wegbereiter und echte Sozialdemokraten verloren. Ihre Arbeit und ihr Schaffen werden uns immer in Erinnerung bleiben.

Seit Monaten bewegen uns die Bilder und auch die Schicksale der Flüchtlinge sehr, die in unser Land kommen. Viele von euch sind in diesen Tagen ehrenamtlich sehr stark engagiert und helfen den Flüchtlingen in unserem Kreis. Ich möchte allen Helferinnen und Helfern dafür danken, denn jede Unterstützung – durch aktive Hilfe, durch Kleider- oder Geldspenden, durch Fahrdienste oder durch Deutschunterricht – ist wichtig und gibt den Flüchtlingen ein Stück Sicherheit. Es ist sehr wichtig, hier über alle Parteigrenzen hinweg zu helfen.

Durch die Anschläge in Paris und die allgegenwärtige Terrorgefahr in Europa haben wir nur einen kleinen Einblick in die Gefahrensituation, in der sich viele Flüchtlinge alltäglich befunden haben. Wir versuchen hier, unseren Alltag nicht von diesen Terroristen beeinflussen zu lassen und doch überlegen wir, ob wir unbekümmert an Großveranstaltungen teilnehmen können oder ob unser geplantes Urlaubsziel noch sicher ist.

Wir sollten in solchen Zeiten enger zusammenstehen und unsere Ideale, die uns die Sozialdemokratie vorgelebt hat, umsetzen. Gemeinsam können wir etwas be-

wegen und gemeinsam können wir etwas verändern.



Gerade diese Weihnachtszeit sollte uns allen bewusst machen, dass Familie und Freunde wichtig sind. Es zählt nicht die Herkunft oder die Lebenseinstellung sondern jeder einzelne Mensch ist wichtig und hat ein Recht auf Freiheit und Frieden.

Ich wünsche euch allen besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.

Euer Ralf Wrobel

(SPD-Kreisvorsitzender)

SPD KV-INTERN

Besuch von Frank Hornschu in Schleswig

Am 22. September besuchte Frank Hornschu, der am 26. September 2015 auf der AfA Landeskonferenz in Kiel als Nachfolger für den amtierenden AfA Landesvorsitzenden Wolfgang Mädler vom AfA Landesvorstand vorgeschlagen wurde, die Delegiertenvorbesprechung des AfA Kreisvorstandes SL-FL im SPD Kreisbüro in Schleswig.

Frank Hornschu, Regionsgeschäftsführer des DGB Kern, schilderte den Delegierten und AfA Kreisvorstandsmitgliedern in eindrucksvoller Weise seinen persönlichen Werdegang und seine Ziele für die AfA im Landesverband in Schleswig-Holstein.

Im Anschluss daran wurde die AfA Landeskonferenz ausführlich vorbereitet und über die Empfehlungen der Antragsberatungskommission beraten.

Die AfA Landeskonferenz fand am Sonnabend, dem 26.09.2015 im Kieler Gewerkschaftshaus statt. Gastredner waren der Ministerpräsident Torsten Albig, der AfA Bundesvorsitzende Klaus Barthel und als Hauptredner stimmte die Delegierten unser SPD Landesvorsitzende Ralf Stegner ein.

Mit 92% der abgegebenen Stimmen wurde Frank Hornschu in Kiel auf der AfA-Landeskonferenz zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Nach 23 Jahren trat der bisherige Landesvorsitzende Wolfgang Mädler nicht erneut an. Ralf Stegner überreichte Wolfgang Mädler die Willy-Brandt-Medaille für seinen Einsatz in der Arbeitnehmerschaft in SH.

Aus Sicht des AfA KV SL-FL gratulieren wir Peter Casper, der erneut als Beisitzer in den AfA LV gewählt wurde und wünschen ihm viel Erfolg.



Auf dem Foto von links bis rechts: André Hense (stv. AfA Kreisvorsitzender, Bente Reimer (AfA Kreisvorsitzende) und Frank Hornschu.

Anne Marxen
SPD-Kreisvorstand

Aus der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

1. Neuwahl des AfB-Vorstandes

Auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) im Kreis Schleswig-Flensburg am 5. Oktober 2015 im BBZ in Schleswig standen Vorstandswahlen auf der Tagesordnung. Mit jeweils einstimmigem Votum wurden gewählt:

Zum Vorsitzenden Dr. Hans-Werner Johannsen aus Tarp ehemaliger Schulleiter der Gemeinschaftsschule Handewitt und derzeit Schulverbandsvorsteher des Schulverbandes Tarp-Jerrishoe sowie Gemeindevorteiler in Tarp.

Zur stellvertretenden Vorsitzenden Christine Pluhar aus Borgwedel, studierte Sonderpädagogin und ehemalige Referatsleiterin im Bildungsministerium für den Bereich Sonderpädagogik. Zur Beisitzerin Dr. Elke Krüger-Krapoth aus Fahrdorf, langjährige Vorsitzende des Landesel-

SPD KV-INTERN

ternbeirates der Gymnasien, Bundesausschussdelegierte der AfB. Zum Beisitzer Burkhard Luckow aus Großenwiehe, Gemeindevertreter, Fraktionsvorsitzender, Ausschussvorsitzender in seiner Heimatgemeinde, Mitglied in der SPD-Kreistagsfraktion und ehemaliger Schulleiterbeirat.

Ausgeschieden aus dem Vorstand sind Anja Bütow und Frank Albrecht. Für ihre Mitarbeit in den vergangenen zwei Jahren gebührt ihnen ein herzliches Dankeschön.

Zu Beginn der Veranstaltung referierte Bildungsstaatssekretär Loßack über aktuelle bildungspolitische Themen. Das Bildungsministerium will sich für eine bessere Unterrichtsversorgung einsetzen: „Als wir 2012 an die Regierung kamen, lag die Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen bei lediglich 94%“, so Loßack. Durch eine Reihe von Maßnahmen habe man die Unterrichtsversorgung 2015 auf 97% steigern können, „was aber immer noch nicht ausreicht“. Für 2017 werden 98% angepeilt, langfristiges Ziel seien 100%, um auch Krankheitsausfälle oder Fortbildungen besser auffangen zu können.

Als Themen der kommenden zwei Jahre stehen bei der Kreis-AfB unter anderem auf dem Programm:

- Flüchtlingskinder und DAZ-Zentren,
- das digitale Lernen,
- Schülerversicherung und Schulbegleitung,
- Bildungskosten für Eltern,
- Kleine Grundschulen,
- Oberstufen an Gemeinschaftsschulen,
- Jugendberufsagenturen,
- Bildungslandschaften,
- frühkindliche Bildung



Der neue AfB-Vorstand. Auf dem Foto von links nach rechts: Burkhard Luckow, Christine Pluhar, Elke Krüger-Krapoth, Hans-Werner Johannsen

2. Besoldung der Lehrkräfte an Grundschulen

Auch in der Frage der zukünftigen Besoldung der Grundschullehrkräfte gibt es Bewegung. Unser SPD-Kreisverband hatte auf dem Parteitag den Antrag aus dem Ortsverein Borgwedel angenommen, der auch eine höhere Eingruppierung der Grundschullehrkräfte bei der Besoldung nach A 13 vorsieht. Einen entsprechenden Antrag hatte die Landes-AfB schon im Herbst 2014 auf dem Landesparteitag eingebracht. Diese Forderung wird bisher vom Bildungsministerium mit der Begründung abgelehnt, die Anforderungen bei der Beschulung jüngerer SchülerInnen seien nicht vergleichbar mit denen in den Sekundarstufen. Außerdem könne das arme SH nicht Vorreiter für eine Besoldungserhöhung sein, die es in keinem anderen Bundesland gibt.

Dabei wird geflissentlich übersehen, dass das neue Lehrkräftebildungsgesetz auch für Grundschullehrkräfte eine zehnstufige Ausbildung vorsieht, die ge-

SPD KV-INTERN

nauso lang ist, wie die der anderen Lehrämter. Bisher galt auch vor Verwaltungsgerichten das kürzere Studium als Begründung für eine niedrigere Besoldung. Da der AfB-Antrag auf dem Landesparteitag aus Zeitgründen nicht mehr angenommen werden konnte, musste er durch den Landesparteirat. Dieser votierte nicht auf Ablehnung, sondern auf Annahme und Überweisung an die Landtagsfraktion und anschließendem Bericht an die Antragssteller und den Landesparteirat. AfB-Landesvorsitzender Ulf Daude bestätigt in einem persönlichen Gespräch, dass der Borgwedeler Antrag zumindest die Landtagsfraktion so „stutzig“ gemacht habe, dass diese eine neue Position bezieht.

In einer Pressemitteilung vom 1.10.2015 im Anschluss an die Debatte zur Lehrerbesoldung bekräftigte der schulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Kai Vogel die Absicht und das Ziel, „langfristig diese Gerechtigkeitslücke zu schließen“. Wir sehen auch hier, die AfB bleibt „am Ball“ und setzt sich ein.

3. Zweites Dagebüller Gespräch

Bei herrlichem Wetter trafen sich die Vorstände der Kreis-AfBs aus Flensburg, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg am 31. Oktober zum zweiten Dagebüller Gespräch. Wieder hatten wir uns zu viel vorgenommen. Von den großen Themen konnten wir nur zwei abhandeln: Schulasistenz und digitale Bildung.

Was den Kompromiss zur Schulasistenz mit den drei Optionsmöglichkeiten betrifft, ist man mit der jetzigen Lösung der Anstellungsträgerschaft durch die Schulträger der Grundschulen, freier Träger oder das Land nicht glücklich. Mittelfristig sollte im Rahmen einer Zusammenführung von Schulasistenz und Schulbegleitung

eine Anstellungsträgerschaft bei den Förderzentren angestrebt werden. Diese verfügen über die beste Fachkompetenz in Sachen Inklusion und sind für die Zusammenführung der beiden Aufgaben prädestiniert.

Noch längere Zeit nahm die Diskussion zum digitalen Lernen in Anspruch, aus der ein Antrag für die Landeskonzferenz der AfB und den nächsten SPD-Landesparteitag entstehen wird. Eine entsprechende Pressemitteilung haben wir Anfang November auf den Weg gebracht:

Nord-AfBs: Schulen verpassen Anschluss an digitales Zeitalter

Beim „2. Dagebüller Gespräch“ der Kreisvorstände der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD aus Flensburg, Schleswig-Flensburg und Nordfriesland am 31.10.2015 stand das Thema „Digitales Lernen“ im Mittelpunkt der Diskussionen. Die digitale Bildung an den Schulen wird in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich immer noch stiefmütterlich behandelt, wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen. Mal sind es die Lehrkräfte, die Bedenken wegen jugendgefährdender Inhalte des Internets anführen oder sich neuen Kompetenzen verweigern, mal die Schulträger, die zu wenig finanzielle Mittel bereitstellen, mal das Bildungsministerium, bei dem man vergeblich auf eine Rahmenplanung wartet, mal ist es die Infrastruktur der Schulstandorte mit nur langsamen Verbindungen. Dabei ist der Begriff „Neue Medien“ inzwischen selbst ein Anachronismus. Computer- und Smartphonegebrauch sowie Internetnutzung sind aus unserer heutigen Welt nicht mehr fortzudenken und sind neben Lesen, Schreiben und Rechnen zu einer vierten Kulturtechnik geworden. Aber unsere Schulen drohen, den Anschluss zu verpassen.

SPD KV-INTERN

Trotzdem hält der Psychologe und Psychiater Spitzer nicht inne, seit Jahren vor der „digitalen Demenz“, so der Titel seines Bestsellers aus dem Jahr 2012, zu warnen, und treibt mit dieser Dämonisierung vor allem bei besorgten Eltern und Erziehern sein Unwesen. Bei der Plastizität des menschlichen Gehirns ist es schlichtweg Unsinn, dem digitalen Lernen eine Verödung von Gehirnkapazitäten zu unterstellen. Medienpsychologen und –wissenschaftler widersprechen Spitzer daher auch heftig. PCs, Tablets, Smartphones und Internet sind nichts weiter als interaktive Werkzeuge, die die Tore zur Welt öffnen, die Menschen stärken und ihre Möglichkeiten zur aktiven (Mit-) Gestaltung erweitern. Wer ihre positiven Eigenschaften nutzt, bereichert sein Leben sozial, kreativ und kommunikativ. Daher gehören diese Medien auch in die Schule – denn wir müssen Kinder auf ihre Zukunft und nicht auf unsere Vergangenheit vorbereiten.

Gesellschaft und Wirtschaft sind mittlerweile längst weiter. Fast alle Familien besitzen heute wenigstens einen PC und verfügen über einen Internetanschluss. Und schon GrundschülerInnen können kompetent mit Handys umgehen. Kinder und Jugendliche wachsen heute mit Tablets und Smartphones auf und sind im Gebrauch häufig gewandter und kreativer als ihre Eltern und ihre Lehrerinnen und Lehrer. Und auch die Wirtschaft befindet sich seit Jahren in der vierten industriellen Revolution, der „Industrie 4.0“. Aus fast allen Arbeitsbereichen ist die Digitalisierung nicht mehr fortzudenken.

Darum brauchen wir das schnelle und freie Internet auch und gerade für unsere Schulen und Bildungseinrichtungen. Ein Handyverbot, wie an manchen Schulen ausgesprochen, ist dabei nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern auch kontrapro-

duktiv und nichts als ein – verantwortungsloses – Dokument der Hilflosigkeit. Smartphones gehören in den Unterricht und dienen z.B. zur schnellen Internetrecherche, zum Verfassen von Texten, zum Fotografieren der Hausaufgaben oder zur Archivierung des Gelernten. Es geht darum, dieses Medium als Unterstützer einzubinden. Sinnvoll eingesetzt, hilft es zudem bei der Individualisierung des Unterrichts. Selbstverständlich gehört das Erlernen des verantwortungsbewussten Umgangs mit dem Internet in den Schulen von Beginn an mit dazu und verlangt die Führungs- wie auch Sachkompetenz der unterrichtenden Lehrkraft.

Die Schulen brauchen keine Leuchtturmprojekte oder Digitalkonferenzen mehr, die nur zur Beruhigung einer Mangelsituation dienen. Auch eine Aufwertung des Faches Informatik oder ein neues Fach „Digitale Bildung“ helfen hier nicht weiter, denn digitales Lernen und Vermittlung von Medienkompetenz betreffen alle Fächer. Es bedarf vielmehr einer Rahmenkonzeption von Landesseite, die allen Schulstufen und Schularten mit ihren unterschiedlichen Anforderungen gerecht wird, von der vorschulischen Bildung über Primar- und Sekundarstufen bis hin zu den Förderzentren, die mit ihren spezifischen Bedarfen hierfür besonders geeignet sind.

Durch ihre Nähe zur Wirtschaft sind die Berufsbildenden Schulen häufig schon weiter und könnten Vorreiter und Unterstützer bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Rahmenkonzeption sein. Die große Mehrheit der neuen Lehrergeneration steht dem digitalen Lernen aufgeschlossen gegenüber: 95% der Lehrkräfte stehen dem Einsatz elektronischer Medien positiv oder sehr positiv gegenüber (vgl. BITKOM-Studie 2015), zumal gerade jüngere Lehrkräfte als „Digital Natives“ diesbezüglich eine ganz andere Sozialisation

SPD KV-INTERN

aufweisen. Aber es gilt, alle Lehrkräfte mitzunehmen, um die digitale Spaltung in den Kollegien zu verhindern.

Vor allem gilt es aber, die Schulträger einzubinden, denn diese sind es, die die notwendige Ausstattung wie auch Administration für eine derartige Landeskonzeption vor Ort ermöglichen und wohl auch weitestgehend finanziell stemmen müssen. Benötigt werden keine teuren neuen Computerräume. Beamer und mitgebrachte Smartphones reichen völlig. Für Übungen und Klassenarbeiten sollten Tablets in Klassenstärke vorhanden sein, damit alle die gleiche Ausstattung haben und eine „digitale Spaltung“ der Schülerschaft vermieden wird.

Nach Auffassung der AfBs aus den Nordkreisen muss die Landesregierung endlich eine tragfähige Rahmenkonzeption für alle Schulen und Schulträger bereitstellen. Gebrauchte werden nicht neue Regeln und die Diskussion mit Bedenkenträgern, sondern eine „digitale Entgrenzung“, damit unsere Schulen den Anschluss an das digitale Zeitalter nicht verpassen. Die Nord-AfBs werden deshalb über die Landes-AfB einen Antrag an den nächsten Landesparteitag der SPD auf den Weg bringen, der für eine politische Weichenstellung bei diesem wichtigen Thema sorgen soll.

Thomas Löwenbrück AfB Nordfriesland

Lea Schulz AfB Flensburg

Dr. Hans-Werner Johannsen AfB Schleswig-Flensburg

Wie im letzten Jahr haben wir auch diesmal wieder ein Foto vor dem Dagebüller Fähranleger gemacht, auf dem alle Teil-

nehmer zu sehen sind:



Da diesmal nur zwei Themen diskutiert werden konnten, beschloss die Versammlung, schon im kommenden Frühjahr zum dritten Dagebüller Gespräch einzuladen, um dann erstmals ganztägig die anstehenden Themen zu erörtern.

4. Oberstufen an Gemeinschaftsschulen – Eine Klarstellung

Am 10. Juli 2015 waren Thomas Löwenbrück (AfB-NF), Hans-Werner Johannsen und AfB-Landesvorsitzender Ulf Daude zu einem Gespräch im Bildungsministerium bei Staatssekretär Dirk Loßack und dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Martin Habersaat. Es ging um die Klärung des Landesparteitagsbeschlusses zu den Oberstufen an Gemeinschaftsschulen (siehe letzte KV-Intern). Auf dem Landesparteitag hatte es durch das engagierte Auftreten mehrerer AfB-Vertreter und verschiedener Delegierter aus den Kreisverbänden ein Votum für den AfB-Antrag und gegen die Antragskommission gegeben. Eine nicht häufige Entscheidung! Inhaltlich ging es um die dreijährige Probezeit für Oberstufen, die wir abschaffen wollten. Im Bildungsministerium einigten wir uns auf eine Klarstellung und darauf, dass der bildungspoliti-

SPD KV-INTERN

sche Sprecher der Fraktion Martin Habersaat und AfB-Landesvorsitzender Ulf Daude ein Schreiben an die SPD-Untergliederungen aufsetzen, das den politischen Willen zu mehr Oberstufen an GemS klar ausdrückt:

Oberstufenbrief

Verteiler:

- SPD Kreisvorsitzende SH
- SPD Kreistagsfraktionsvorsitzende SH
- AfB Kreisvorsitzende SH

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns im aktuellen Koalitionsvertrag und Regierungsprogramm vorgenommen, die Bildungschancen unserer Kinder- und Jugendlichen zu verbessern.

Ein Baustein ist die Einrichtung neuer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, um flächendeckend und gut erreichbar den Zugang zum Abitur zu ermöglichen. Hierbei gab es vielerorts politische Diskussionen, wobei bestimmte Leute die klaren Ziele der Verhinderung neuer Oberstufen und der Vermeidung von erfolgreicher Arbeit der Gemeinschaftsschulen haben. Gerade von diesen Leuten wurde nicht immer mit richtigen Informationen argumentiert. Deswegen möchten wir Euch über die wichtigsten Punkte direkt informieren:

- Die Einrichtung einer neuen Oberstufe wird nicht im Bildungsministerium festgelegt. Eine neue Oberstufe wird auf Antrag der Schulkonferenz einer Schule sowie des Schulträgers vor Ort beantragt.
- Im Bildungsministerium wird geprüft, ob eine langfristige Perspektive für den Bestand besteht und ob genügend SchülerInnen vorhanden sind bzw. zukünftig

für diesen Standort entstehen. Dies ist die sogenannte „Feststellung des öffentlichen Bedürfnisses“.

- Obwohl es häufig so in der politischen Argumentation vor Ort und in der Presse eingebracht wird, gibt es keine „Testphase“ im Schulgesetz. Ein „lockerer Probetrieb ohne weitere Verpflichtungen“ ist von der Landesregierung nicht vorgesehen. Jede neue Oberstufe wird von Beginn an ohne Vorbehalte genehmigt.

- Es ist allerdings für jede neue Oberstufe eine Einrichtungsphase vorgesehen, in der die gesetzlichen Bestimmungen noch nicht vollständig erfüllt sein müssen, das Erreichen aber sehr wahrscheinlich ist. Dies ist nötig, da z.B. die Anmeldezahlen zunächst nur prognostiziert werden können und noch keine Erfahrungswerte vorliegen. Die SchülerInnen-Ströme verändern sich auch häufig sobald das Oberstufenangebot eingerichtet ist, so dass sich häufig die Anmeldezahlen schon in Klasse 5 steigern und zu einer späteren Sicherung der Oberstufe beitragen. Nach dieser Einrichtungsphase gelten für die neuen Oberstufen die gleichen Bedingungen wie für die vorhandenen Oberstufen, unabhängig welcher Schulart sie angehören.

- Natürlich bekommt eine neue Oberstufe von Beginn an die nötigen Ressourcen für einen qualitativ guten Unterricht. Dazu gehört auch die Versorgung mit Gymnasiallehrkräften einschließlich der zugehörigen Stelle der Oberstufenleitung, über deren Besetzungszeitpunkt die Schulleitung entscheidet.

- Wer sich für die Einrichtung einer neuen Oberstufe entscheidet und die Genehmigung aus dem Bildungsministerium bekommt, muss sich darüber klar sein, dass das Ziel von Beginn an ein dauerhaft

SPD KV-INTERN

ter Betrieb ist und auf den Schulträger damit auch Verpflichtungen zur umgehenden Schaffung von geeigneten Räumlichkeiten und der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln etc. besteht. Wir sind uns sicher: Diese Investitionen in die Gemeinde und die Region lohnen sich!

- Lasst Euch bitte nicht von der „Mini-Oberstufen-Kampagne“ beeindrucken! Es ist weder eine Tatsache, dass die neuen Gemeinschaftsschulen die vorhandenen Gymnasien oder Beruflichen Schulen schwächen sollen noch gibt es „geheime Pläne“ dazu. Durch unsere Reformen wollen wir sicherstellen, dass keine Bildungskarriere unnötig oder zu früh beendet bzw. auf ein bestimmtes Gleis gesetzt wird. Durch diese Öffnung und die Weiterentwicklung des Unterrichtes an allen Schularten werden wir künftig mehr Schülerinnen und Schüler bekommen, die sich für den Besuch einer Oberstufe qualifiziert haben.

- Die von anderen gerne genutzte Argumentation von „Häuptlingen und Indianern“ ist von vorgestern. Für unsere Kinder und Jugendlichen und für die Entwicklung unseres Landes ist es gut, dass wir ihnen allen die Möglichkeiten bieten, ihre Potenziale und ihre Möglichkeiten optimal zu entwickeln und den bestmöglichen Schulabschluss anzustreben sowie den geeignetsten Beruf anzustreben. Es wäre falsch, dabei die akademischen gegen die beruflichen Bildungswege auszuspielen. Vielmehr müssen wir uns dafür einsetzen, dass dies keine zwei Welten sind, sondern dass sie weiter verschmelzen. Unsere Gesellschaft und unsere Arbeitswelt haben sich enorm entwickelt, so dass es einen hohen Bedarf an gut qualifizierten jungen Leuten in allen Bereichen gibt. Dabei geht es nicht mehr nur um die Wege von AbiturientInnen über die Uni in die Wissenschaft oder über andere Schul-

abschlüsse in eine Berufsausbildung. Es ist heute schon in vielen Bereichen soweit, dass frühere Lehrberufe heute ein (Fach-) Abitur als Einstieg benötigen oder dass junge Leute sich nach einer Ausbildung oder einer Berufstätigkeit zu einem Studium entscheiden. Diese Entwicklung ermöglicht sehr viel individuellere Lebenswege und ist gut für unsere Gesellschaft, da aktuelle und spätere Möglichkeiten viel besser genutzt werden können.

Wir möchten Euch bitten, Euch in Euren Gremien aktiv für die begonnen Reformen einzusetzen. Es zeigt sich landesweit, dass wir die richtigen Entscheidungen getroffen haben und auf einem guten Weg sind. Nun müssen wir gemeinsam und entschlossen weiter an einem Strang ziehen, damit landesweit alle Kinder und Jugendlichen ihre Potentiale entwickeln können und sich unser Land weiterhin gut entwickelt!

Gerne unterstützen wir Euch dabei vor Ort mit Rat und Tat!

Mit solidarischen Grüßen

Martin Habersaat

Bildungspolitischer der SPD Landtagsfraktion SH

Ulf Daude

Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) SH

Für die Kreis-AfB

Hans-Werner Johannsen

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

bald ist es nun wieder soweit:

Das Jahr 2015 neigt sich dem Ende zu. Der Kreiskassierer wünscht euch schon jetzt ein paar ruhige und erholsame Feiertage.

Die Ruhe und Erholung ist auch gut so, denn im neuen Jahr geht es gleich mit der Erstellung der Rechenschaftsberichte für das Jahr 2015 los. Der Landesverband wird ca. ab Mitte Dezember die entsprechenden Unterlagen an die OV- Kassierer/-innen verteilen.

Prüft bitte gleich bei Eingang, ob die Übernahme der Kassenbestände richtig erfolgt ist. Beachtet bitte unbedingt die beiliegende Checkliste für die Revisoren . Hier ist alles aufgeführt was zu prüfen ist.

Wichtig ist, das zur Kassenprüfung alle entsprechenden Unterlagen wie Buchungsjournale, Kassenbücher, Kontoauszüge, Sparbücher und die Originalbelege vor Ort sind. Hier können dann z.B. in den letzten Tagen des Jahres eventuell noch Nachträge in den Sparbüchern und/ oder Kontoauszüge von der Bank/ Sparkasse abgeholt werden.

Haltet bitte euch an die rechtzeitige Abgabe der fertigen Rechenschaftsberichte bis zum 15.02.2016 an den Landesverband.

Denkt bitte daran, dass die Genossen/innen eures Ortsvereins bei verspäteter Abgabe auch umso länger auf eine mögliche Spendenquittung warten müssen.

Falls gewünscht können die Rechenschaftsberichte auch über das Kreisbüro verschickt werden.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, dass ihr euch vom Rechenschaftsbericht vor der Versendung unbedingt eine

Kopie macht. In den letzten Jahren ist es doch ab und zu vorgekommen, dass Rechenschaftsberichte auf dem Postwege verloren gegangen sind und der Rechenschaftsbericht des betreffenden Ortsvereins musste aufwendig neu erstellt werden.

Sollten Fragen zur Erstellung des Rechenschaftsberichts sein oder zu einzelnen Buchungen sein (wie wird z.B. eine bestimmte Zahlung richtig verbucht):

Einfach bei mir anrufen (Wanderup 301) oder eine kurze Mail schreiben. Ich werde mich dann umgehend melden bzw. bei der Lösung helfen.

Ich wünsche euch jetzt schon eine schöne Vorweihnachtszeit und, wenn es dann soweit ist, ein paar besinnliche Festtage und einen fleißigen Weihnachtsmann (oder Weihnachtsfrau, je nach dem....)

Ingo Obst

*Kreisschatzmeister SPD Kreisverband
Schleswig- Flensburg*

Wichtige Berichtigung

In der Ausgabe des KV Intern vom Juli 2015 wurde der Bericht der Jusos Schleswig-Flensburg „Am 11. Mai 2015 war es so weit“ nicht von Juso-Kreisvorsitzenden Fabian Parohl sondern von Ingmar Johannsen verfasst. Wir bitten um Entschuldigung für dieses Versehen!

Die Redaktion

SPD KV-INTERN

Erhöhung Krankenversicherung ab 2016 - sozial unausgewogen

Millionen Beschäftigte müssen im nächsten Jahr mehr Geld für ihre Gesundheit ausgeben. Im Durchschnitt werden die Krankenversicherungsbeiträge wahrscheinlich um 0,2 Prozentpunkte steigen. Bei einem Bruttoeinkommen von 3.000 Euro sind das sechs Euro im Monat.

Ungerecht ist: Erhöht wird nur der Zusatzbeitrag, den die Versicherten alleine zahlen müssen. Er beträgt bisher schon im Durchschnitt 0,9 Prozent. Für die Arbeitgeber ändert sich nichts. Ihre Beitragssätze wurden auf 7,3 Prozent festgeschrieben. Angeblich soll diese Deckelung der „Lohnnebenkosten“ Arbeitsplätze schützen. Tatsächlich handelt es sich um eine pure Umverteilung zugunsten der Unternehmer. So werden auch alle künftigen Beitragssteigerungen voll auf die Beschäftigten abgewälzt.

Dabei profitieren auch die Arbeitgeber von einer guten Gesundheitsversorgung, welche die Leistungsfähigkeit ihrer Beschäftigten sichert. Und auch die Arbeitgeber sollten einen finanziellen Anreiz haben, dass die Beschäftigten gesund bleiben und die Kosten der Versorgung mit medizinischen Leistungen und Medikamenten nicht explodieren.

Das Ziel der SPD muss es weiterhin sein, sich für eine gerechte Krankenversicherung mit der Einführung einer Bürgerversicherung einzusetzen.

Anne Marxen
SPD-Kreisvorstand

Ehrung von langjährigen Mitgliedern in Linaumühlenholz

In einem feierlichen Rahmen wurden langjährige SPD-Mitglieder aus den Ortsvereinen des Amtes Süderbrarup am 8. No-

vember im Mühlenkrug in Linaumühlenholz von MdB Sönke Rix, MdL Birte Pauls, dem Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel und von Anne Marxen als Organisatorin geehrt.



Gehrt wurden Mitglieder für 50, 40, 35, 30, 25, 15 und 10 Jahre.

Henrik und Tobias vom Duo Vielsaitig sorgten als Liedermacher mit zeitkritischen und heiteren Stücken für eine unterhaltsame musikalische Untermalung zu Beginn der Feier und nach den Ehrungen.

Anne Marxen
SPD-Kreisvorstand

Berliner Compagnie in Schleswig zu Gast

Das politische Kabarett trat am 3. November 2015 im Hotel Hohenzollern in Schleswig auf und wurde u. a. vom SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg unterstützt.

Unter dem Motto „Stille Macht“ präsentierte die Berliner Compagnie in unterhaltsamer Weise die Mechanismen des Lobbyismus in Bezug auf die Freihandelsabkommen TTIP

Anne Marxen

SPD KV-INTERN

Veranstaltung „Die Schulassistenz kommt – aber wie?“

Am 21. September 2015 fand ein Kreisverbandsausschuss zum Thema Schulassistenz – Schulbegleitung in Tarp statt.

MdL Birte Pauls referierte über das Thema „Es hat ein wenig gedauert, aber jetzt kommt sie auch bei uns – die schulische Assistenz“ aus Sicht des Landes SH.

Zum Thema „Bei der Umsetzung der Schulbegleitung/Schulassistenz ist es zu Verunsicherungen gekommen“ vertrat der Fraktionsvorsitzende Ingo Degner die Sicht der Kreistagsfraktion.

In Vertretung des verhinderten Kreisvorsitzenden moderierte der stellvertretende Kreisvorsitzende Karsten Stühmer die Veranstaltung.

Im Anschluss nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, über die Umsetzung vor Ort zu berichten.

Wir sind auf dem richtigen Weg, aber es gibt noch viel zu tun.



Anne Marxen
SPD-Kreisvorstand

Nord-AfBs: Schulen verpassen Anschluss an digitales Zeitalter

Beim „2. Dagebüller Gespräch“ der Kreisvorstände der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD aus Flensburg,

Schleswig-Flensburg und Nordfriesland am 31.10.2015 stand das Thema „Digitales Lernen“ im Mittelpunkt der Diskussionen. Die digitale Bildung an den Schulen wird in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich immer noch stiefmütterlich behandelt, wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen. Mal sind es die Lehrkräfte, die Bedenken wegen jugendgefährdender Inhalte des Internets anführen oder sich neuen Kompetenzen verweigern, mal die Schulträger, die zu wenig finanzielle Mittel bereitstellen, mal das Bildungsministerium, bei dem man vergeblich auf eine Rahmenplanung wartet, mal ist es die Infrastruktur der Schulstandorte mit nur langsamen Verbindungen. Dabei ist der Begriff „Neue Medien“ inzwischen selbst ein Anachronismus. Computer- und Smartphonegebrauch sowie Internetnutzung sind aus unserer heutigen Welt nicht mehr fortzudenken und sind neben Lesen, Schreiben und Rechnen zu einer vierten Kulturtechnik geworden. Aber unsere Schulen drohen, den Anschluss zu verpassen.

Trotzdem hält der Psychologe und Psychiater Spitzer nicht inne, seit Jahren vor der „digitalen Demenz“, so der Titel seines Bestsellers aus dem Jahr 2012, zu warnen, und treibt mit dieser Dämonisierung vor allem bei besorgten Eltern und Erziehern sein Unwesen. Bei der Plastizität des menschlichen Gehirns ist es schlichtweg Unsinn, dem digitalen Lernen eine Verödung von Gehirnkapazitäten zu unterstellen. Medienpsychologen und –wissenschaftler widersprechen Spitzer daher auch heftig. PCs, Tablets, Smartphones und Internet sind nichts weiter als interaktive Werkzeuge, die die Tore zur Welt öffnen, die Menschen stärken und ihre Möglichkeiten zur aktiven (Mit-) Gestaltung erweitern. Wer ihre positiven Eigenschaften nutzt, bereichert sein Leben

SPD KV-INTERN

sozial, kreativ und kommunikativ. Daher gehören diese Medien auch in die Schule - denn wir müssen Kinder auf ihre Zukunft und nicht auf unsere Vergangenheit vorbereiten.

Gesellschaft und Wirtschaft sind mittlerweile längst weiter. Fast alle Familien besitzen heute wenigstens einen PC und verfügen über einen Internetanschluss. Und schon GrundschülerInnen können kompetent mit Handys umgehen. Kinder und Jugendliche wachsen heute mit Tablets und Smartphones auf und sind im Gebrauch häufig gewandter und kreativer als ihre Eltern und ihre Lehrerinnen und Lehrer. Und auch die Wirtschaft befindet sich seit Jahren in der vierten industriellen Revolution, der „Industrie 4.0“. Aus fast allen Arbeitsbereichen ist die Digitalisierung nicht mehr fortzudenken.

Darum brauchen wir das schnelle und freie Internet auch und gerade für unsere Schulen und Bildungseinrichtungen. Ein Handyverbot, wie an manchen Schulen ausgesprochen, ist dabei nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern auch kontraproduktiv und nichts als ein – verantwortungsloses – Dokument der Hilflosigkeit. Smartphones gehören in den Unterricht und dienen z.B. zur schnellen Internetrecherche, zum Verfassen von Texten, zum Fotografieren der Hausaufgaben oder zur Archivierung des Gelernten. Es geht darum, dieses Medium als Unterstützer einzubinden. Sinnvoll eingesetzt, hilft es zudem bei der Individualisierung des Unterrichts. Selbstverständlich gehört das Erlernen des verantwortungsbewussten Umgangs mit dem Internet in den Schulen von Beginn an mit dazu und verlangt die Führungs- wie auch Sachkompetenz der unterrichtenden Lehrkraft.

Die Schulen brauchen keine Leuchtturmprojekte oder Digitalkonferenzen mehr,

die nur zur Beruhigung einer Mangelsituation dienen. Auch eine Aufwertung des Faches Informatik oder ein neues Fach „Digitale Bildung“ helfen hier nicht weiter, denn digitales Lernen und Vermittlung von Medienkompetenz betreffen alle Fächer. Es bedarf vielmehr einer Rahmenkonzeption von Landesseite, die allen Schulstufen und Schularten mit ihren unterschiedlichen Anforderungen gerecht wird, von der vorschulischen Bildung über Primar- und Sekundarstufen bis hin zu den Förderzentren, die mit ihren spezifischen Bedarfen hierfür besonders geeignet sind.

Durch ihre Nähe zur Wirtschaft sind die Berufsbildenden Schulen häufig schon weiter und könnten Vorreiter und Unterstützer bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Rahmenkonzeption sein. Die große Mehrheit der neuen Lehrergeneration steht dem digitalen Lernen aufgeschlossen gegenüber: 95% der Lehrkräfte stehen dem Einsatz elektronischer Medien positiv oder sehr positiv gegenüber (vgl. BITKOM-Studie 2015), zumal gerade jüngere Lehrkräfte als „Digital Natives“ diesbezüglich eine ganz andere Sozialisation aufweisen. Aber es gilt, alle Lehrkräfte mitzunehmen, um die digitale Spaltung in den Kollegien zu verhindern.

Vor allem gilt es aber, die Schulträger einzubinden, denn diese sind es, die die notwendige Ausstattung wie auch Administration für eine derartige Landeskonzeption vor Ort ermöglichen und wohl auch weitestgehend finanziell stemmen müssen. Benötigt werden keine teuren neuen Computerräume. Beamer und mitgebrachte Smartphones reichen völlig. Für Übungen und Klassenarbeiten sollten Tablets in Klassenstärke vorhanden sein, damit alle die gleiche Ausstattung haben und eine „digitale Spaltung“ der Schülerschaft vermieden wird.

SPD KV-INTERN

Nach Auffassung der AfBs aus den Nordkreisen muss die Landesregierung endlich eine tragfähige Rahmenkonzeption für alle Schulen und Schulträger bereitstellen. Gebraucht werden nicht neue Regeln und die Diskussion mit Bedenkenträgern, sondern eine „digitale Entgrenzung“, damit unsere Schulen den Anschluss an das digitale Zeitalter nicht verpassen. Die Nord-AfBs werden deshalb über die Landes-AfB einen Antrag an den nächsten Landesparteitag der SPD auf den Weg bringen, der für eine politische Weichenstellung bei diesem wichtigen Thema sorgen soll.

Thomas Löwenbrück AfB Nordfriesland

Lea Schulz AfB Flensburg

Dr. Hans-Werner Johannsen AfB Schleswig-Flensburg

Der KV Schleswig Flensburg trauert um Egon Bahr

Mit großer Bestürzung und tiefer Trauer hat der SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg vom Tode Egon Bahr erfahren. Mit Dankbarkeit gedenken wir als SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg für seinen Einsatz in unserer Region als Bundestagsabgeordneter. Egon Bahr gewann den Wahlkreis Flensburg-Schleswig direkt bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980. Ansonsten zog Egon Bahr über die Liste der SPD in SH in den Bundestag.

Wir werden Egon Bahr nicht vergessen und bedanken uns für seinen Einsatz zur deutschen Einheit, als Architekt der Ostpolitik und als Friedenspolitiker. Egon Bahr war ein großer Vordenker der Sozialdemokratie, der mit einzigartiger politischer



Tatkraft Konzepte in die Tat umsetzte. Besonders die Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs war ein entscheidender Verdienst für die Deutsche Einheit.

Gerne erinnern wir uns an die vielen Besuche Egon Bahrs in unserer Region, wo wir Zeugen seines unermüdlichen und leidenschaftlichen Einsatzes für die Sozialdemokratie wurden. Wir werden sein Temperament und seinen Humor sehr vermissen.



Anne Marxen
SPD-Kreisvorstand

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,

keine Sitzung, kein Treffen, egal ob in der Politik oder in Vereinen und Verbänden, keine Nachrichten ohne dass nicht über die geflüchteten Menschen gesprochen wird. Es ist das bestimmende Thema zurzeit.

Diese Frauen, Kinder und Männer mussten ihre Heimat verlassen, weil ihr eigener Staat sie verfolgt. Sie sind vor Hunger und Not, Krieg und Terror geflohen. Sie haben Unterkunft in den Flüchtlingslagern der Nachbarländer gefunden - immer in der Hoffnung, wieder in die Heimat zurückkehren zu können. Aber irgendwann schwindet diese Hoffnung, das Ersparte neigt sich dem Ende. In diesem Jahr musste die UNHCR, die Flüchtlingsorganisation der UN, die Zuteilung in den Lagern um die Hälfte reduzieren, umgerechnet auf ca. 800kcal/Tag. Einzelne Familienmitglieder haben sich alleine auf den Weg gemacht und die Familien zurückgelassen. Nicht aus Egoismus, sondern weil das Geld für die Flucht nicht für alle reicht. Profitgierige kaltblütige Schleuserbanden nutzen die Not aus, die Geflüchteten bezahlen nicht nur horrenden Summen für die lebensgefährlichen Transporte, sondern oft eben auch mit ihrem Leben. Alleine in diesem Jahr sind bislang 2900 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Darunter viele Kinder. Die Zahlen gehören zur Routine in den täglichen Nachrichten. Ab und zu lassen uns Bilder von toten Kindern an Stränden, wo wir sonst Urlaub machen, noch zusammenschrecken.

Und jetzt ist es kalt. Wenn ich mich abends auf dem Weg in mein kuscheliges Zuhause mache und dann die Frauen mit ihren kleinen Kindern auf dem Arm nach Unterkunft suchend z.B. in Kiel sehe, dann frage ich mich, wessen „Belastungsgrenze“ wohl erreicht ist.

All das sollten wir immer mitdenken, wenn wir uns den aktuellen Herausforderungen stellen. Und das tun wir - wir zeigen Haltung. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern. Für mich hat sich diese angebliche „Wertegemeinschaft“ gerade auf den Wert des Euros reduziert, aber in Sachen Humanität lässt die angebliche Solidarität zu wünschen übrig.

Der 34 Punkte Plan unseres Lieblingsnachbarn Dänemark, der die Flüchtlinge quasi „abschrecken“ soll, macht mich genauso fassungslos wie die Forderung von Ingbert Liebing nach einer „medialen Abschiebekultur“. Das ist an menschlicher Kälte nicht zu überbieten. Alleine das ist ein Grund, warum dieser Mann nicht Ministerpräsident in unserem Land werden sollte!

Wir können in dieser Zeit wieder einmal mächtig stolz auf die Menschen in unserem Land und auch in unserem Kreis sein. Die Hilfsbereitschaft ist groß, nein, sie ist riesig. Und dafür bin ich zutiefst dankbar. Und oft sind es die Sozialdemokraten vor Ort, die die Hilfe organisieren. Auch darauf können wir stolz sein.

Aber natürlich dürfen wir keine Sozialromantik betreiben. Wir verschließen die Augen nicht vor den vielen Herausforderungen, vor denen die Ehrenamtlichen aber auch die hauptamtlichen Helfer stehen. Die persönliche Zeit und Energie so vieler Menschen im Einsatz für die Geflüchteten ist endlich.

Sie zu unterstützen ist politische Aufgabe. Sehr wichtig sind Informationen und Fakten. Das haben mir spätestens meine Besuche in Seeth, Eggebek, in den Gesprächen mit den vielen Helfergruppen und den kommunalen Vertretern gezeigt.

Deshalb ist es gut, dass wir uns als SPD auch im Kreis schon sehr früh mit dem Thema beschäftigt haben, z.B. unsere Ver-

SPD KV-INTERN

anstellung mit Innenminister Studt, die Veranstaltungen in einigen Ortsvereinen, z.B. in Schleswig und Gelting. Am 10.12. findet erneut eine öffentliche Veranstaltung mit der Integrationspolitischen Sprecherin unserer Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, statt. Auch unsere regelmäßigen kommunalen Runden der Landtagsfraktion dienen dem Informationsaustausch zu dem Thema. Im September haben wir euch eine Informationssammlung zur Verfügung gestellt, die darstellt, wo wie was und mit welchem Geld gemacht wird. Das Papier wird übrigens auch gerne von den CDU Bürgermeistern genommen, denn die CDU betreibt keine sachliche Informationspolitik, sondern oft einseitige Stimmungsmache. Damit ist den Bürgermeistern und Helfern vor Ort aber nicht gedient. Das Papier wird gerade aktualisiert.

Mir ist auch bewusst, dass es an der einen oder anderen Stelle hakt. Bitte informiert uns darüber. Nur dann können wir Abhilfe schaffen. Das Innenministerium wird z.B. oft dafür kritisiert, dass betroffene Gemeinden angeblich nicht rechtzeitig informiert werden. Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass Entscheidungen oft genug erst von einem auf den anderen Tag gefällt werden, weil gerade aktuell wieder 400 oder so wie letzte Woche 2500 neue Geflüchtete im Land angekommen oder auf dem Weg sind. Sobald eine Standortentscheidung getroffen ist, werden die Gemeinden und Kreise sofort informiert. Im Sommer hatten wir noch 1500 Erstaufnahmeplätze, jetzt sind wir bei 13000, bis Jahresende werden wir insgesamt 25000 Plätze schaffen. Das macht deutlich, mit welchem Tempo die Landesregierung arbeitet. Allen Beteiligten wäre damit gedient, wenn auch endlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Tempo anziehen würde. Eine Bearbeitungszeit vom Asylantrag bis zur Anhörung

dauert zurzeit ein halbes Jahr. Das ist viel zu lange und weder für den einzelnen Menschen, aber auch nicht für die Helferinnen und Helfer und Gemeinden zumutbar.

Wir organisieren so viele Erstaufnahmeplätze, damit wir den Kommunen einen Puffer von 5 bis 6 Wochen verschaffen und nicht alle Geflüchteten, so wie in anderen Bundesländern üblich, sofort in den Gemeinden untergebracht werden. Das Innenministerium informiert auf seiner Homepage täglich neu über aktuelle Zahlen und Fakten, auch in verschiedenen Sprachen.

Innenminister Stephan Studt und Ministerpräsident Torsten Albig informieren sich laufend bei den Gemeinden und Bürgermeistern über die aktuelle Situation. Das gilt natürlich auch für uns Abgeordnete. Der regelmäßige Austausch ist für uns sehr wichtig. Anhand dessen können wir auch erkennen, dass die „Stimmung eben nicht kippt“ auch wenn uns bewusst ist, dass der Frust oft hoch ist. Das wollen uns aber andere politische Gruppierungen gerne einreden. Es werden Unsicherheiten und Ängste mit Vorurteilen, Hetze und Lügen geschürt. Stammtischparolen werden zur Politik gemacht. Wer sich und seine Gemeinde mit 3 Flüchtlingsfamilien im Dorf überfordert sieht, der will auch überfordert sein. Rechtes ausländerfeindliches Gedankengut wird verbreitet und wieder salonfähig. Fast täglich gibt es Anschläge und Straftaten auf Flüchtlingsunterkünfte, bis Ende Oktober waren es schon 490 bundesweit. Angesichts dessen werde ich auch zur „besorgten Bürgerin“.

Wir stellen uns dieser historischen Herausforderung nicht nur mit vielem leidenschaftlichem menschlichem Engagement, sondern auch mit viel Geld. Mit 800 Millionen für die Flüchtlingshilfe ist es der

SPD KV-INTERN

größte Einzelposten im Haushalt 2016. Dass wir das ohne Anrufung des Stabilitätsrates hinbekommen, zeugt von einer soliden Haushaltsführung. Dabei lassen wir natürlich alles andere nicht außer Acht. Wir fördern den sozialen Wohnungsbau für ALLE- 360 Millionen haben wir bereits vor 2 Jahren für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung gestellt. Wir erhöhen die Studienplätze für ALLE. Das IMPULS- Programm sieht Investitionen in Höhe von 2,2 Milliarden in Krankenhäuser, Straßen, Brücken vor. (Lindaunis 18 Millionen).

Wir arbeiten weiter für das Ziel einer 100% Unterrichtsversorgung, Wir beschäftigen uns weiter mit dem Thema Demographie, denn auch wenn wir jetzt Dank der Geflüchteten wieder mehr werden, werden wir doch älter. Wir finanzieren die Altenpflegeausbildung komplett für ALLE Auszubildenden.

Wir sind in Sachen Kitaplätze und Ausbau von Angeboten Spitzenreiter und stellen bis 2018 zusätzlich 61,5 Millionen zusätzlich für Kita - Ausbau, Sprachförderung und Personal zur Verfügung. Ab 2017 bekommen ALLE Eltern pro Monat 100 € für einen Kitaplatz.

Wir machen Politik für ALLE. Auch wenn sich gefühlt gerade alles um die Flüchtlinge dreht.

Liebe Genossinnen und Genossen, die menschenverachtenden kaltblütigen Attentate von Paris waren nicht nur ein barbarischer Angriff auf unsere Freiheit. Was muss bloß in diesen hassgefüllten Köpfen vor sich gehen? Schnell waren wieder diejenigen da, die die Vorurteile schüren wollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die friedlichen Muslime in unserem Land, die vor genau diesen Terroristen aus ihrer Heimat geflohen sind, jetzt zum Sünden-

bock mitschuldig gemacht werden. Sie sind Opfer, wie wir alle an dieser Stelle.

Viele Weltanschauungen und auch das Christentum haben eine gemeinsame goldene Regel: „Behandle die Menschen so, wie du selbst behandelt werden möchtest“ ...

In diesem Sinne möchte ich mich ganz herzlich bei euch für euren Einsatz für die Mitmenschlichkeit bedanken. Das was in unserem Land gerade an Humanität und Solidarität geleistet wird, ist unvorstellbar. Tolle Einrichtungen und Treffpunkte sind organisiert worden, Begegnungen aller Art helfen Vorurteile abzubauen, viele Freundschaften sind bereits geschlossen worden. Es wird gespendet wie nie zuvor. All das macht uns stärker. Vielen Dank dafür!

Herzlichen Dank auch für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Jahr. Ich wünsche euch und euren Lieben, euren neuen und natürlich auch den alten Nachbarn eine besinnliche und vor allem friedliche Weihnachtszeit verbunden mit den besten Wünschen für ein gesundes , friedliches und glückbringendes neues Jahr.

Herzliche Grüße

Birte Pauls

Impressum:

Herausgeber:
SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg
Königstraße 4,
24837 Schleswig,
Telefon 04621-27110
KV-Schleswig-Flensburg@spd.de
www.spd-schleswig-flensburg.de
V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender
der SPD Schleswig-Flensburg
Redaktion: Anne Marxen, Ingo Obst und
Karsten Stühmer
Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen
außer Verantwortung der Redaktion.